

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung erfolgt mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 2 M., durch weitere Aufträge zugerechnet in der Höhe monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 7 M., mit Zustellungsgeld. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Zeitungspreis 2 M. für die 6 gepulverte Karpasziele oder deren Raum, Restionen, die 2 halbtägige Karpasziele 2 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisermäßigung. Zielentnahmen im ersten Teil der von Bestellen die 2 gepulverte Karpasziele 2 M. Nachweisungs-Geld 50 Pfg. Anzeigenannahme bis 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzeigendruck erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezahlt worden ist oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 155

Donnerstag den 6. Juli 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Einreichung der Gewerbesteuererklärung für das Rechnungsjahr 1922.

Die Frist zur Abgabe der Gewerbesteuererklärung für das Rechnungsjahr 1922 ist bis zum

verlängert worden.

Rössen, am 4. Juli 1922.

2948

Finanzamt.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr anzugeben.

Frankreichs Absichten auf d. Ruhrgebiet.

Paris, 4. Juli. Frankreich enthält immer mehr die Absichten, welches es mit der Fortdauer der Besetzung Düsseldorf und Ruhrorts verfolgt. Eine französische parlamentarische Kommission bereiste kürzlich die Rheinlande und das Ruhrgebiet. Der Führer der Abgeordneten, der Präsident der Kommission für Finanzen, erstattete einen Bericht über die Reise, in dem es heißt: Die Besetzung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort bedeutet in den Händen Frankreichs ein Pfand von hervorragender Bedeutung für die Eintreibung der Summe, welche Deutschland zu zahlen habe. Wenn Frankreich auch nicht das ganze Ruhrgebiet besetzt habe, so beherrsche es doch jetzt schon dessen ganze industrielle Produktion. Infolgedessen könnte nicht daran gedacht werden, dieses Pfand freizugeben, denn das Deutschland der großen Konjunktur werde im Auslande stets Kredit finden. Heute könne Frankreich das Deutschland der Produktion zerstören. Es könnte ein Einvernehmen zwischen Deutschland einerseits und den Alliierten andererseits mit einer dauernden Kontrolle der deutschen Produktion getroffen werden. Als Sicherheit müßten die deutschen Kapitalien dienen.

Frankreichs Aufbau durch Deutschland.

Paris, 4. Juli. In dem heutigen Ministerrat, der unter Vorsitz Millerands tagte, gab Minister Le Troquer Kenntnis davon, daß die interministerielle Kommission unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Colrat, die mit der Prüfung des großen Arbeitsplanes beauftragt worden ist, der auf Grund des Art. 19, Absatz 2, Abschn. 8, des Verfallers Vertrags mit Unterstützung Deutschlands ausgeführt werden soll, vorgeschlagen habe, sofort der Reparationskommission die Durchführung einer ersten Serie von öffentlichen Arbeiten vorzuschlagen. Der Ministerrat hat beschlossen, das aufgestellte Arbeitsprogramm der Reparationskommission zu übermitteln, damit es ausgeführt werden könne.

Frankreichs Kriegsschulden gehen uns nichts an.

Paris, 4. Juli. Der französische Senator Henry de Jovelle, Chefredakteur des „Matin“, rechnet in seinem Blatt heute heraus, daß Frankreich den Vereinigten Staaten 13 Milliarden Goldmark schulde, die in 25 Jahren zurückgezahlt und während dieser Zeit mit 4 1/2 Prozent verzinst werden müssen. Das ergebe eine Jahreszahlung von 876 Millionen Goldmark. An England schulde Frankreich 11 000 Millionen Goldmark, was eine Jahreszahlung von 781 Millionen Goldmark ausmache, im ganzen hätte also Frankreich jährlich 1657 Millionen Goldmark zu zahlen. Während es selbst, wenn Deutschland 3 Milliarden bezahle, gemäß dem Prozentsatz von Boulogne nur 1500 Millionen Goldmark erhält.

Diese Statistik kann durchaus richtig sein, sie ist aber vollkommen bedeutungslos, weil Jovelle bewußt die wichtige Tatsache vergißt, daß Deutschland für die Kriegsschulden, die Frankreich und England in Amerika aufnahm, in keiner Weise verantwortlich sein kann. Dies ist eine ausschließlich innere Angelegenheit Frankreichs, um welche Deutschland sich gemäß den Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens und des Friedensvertrages nicht zu kümmern hat. Deutschland hat nur für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete aufzukommen. Aber die ungläubliche Verwirrung wird immer wieder begangen, die Reparationsschulden Deutschlands mit den Kriegsschulden Frankreichs gegenüber England und Amerika über ein und denselben Stamm zu scheren. Frankreich hat vollkommen die Grundlagen vergessen, auf welchen Wilson den Waffenstillstand vermittelte. Wenn es sich heute durch seine Kriegsschulden gegenüber England und Amerika bedrückt fühlt, so ist das seine Angelegenheit. Es stand in seiner Macht, schon 1917 Frieden zu schließen. Wenn es dies nicht tat, muß es trachten, für seine Kriegsschulden aufzukommen. Auf diesen Punkt kann in der Erörterung zwischen Deutschland und Frankreich nicht noch drücklich genug hingewiesen werden.

Die Entente soll die Kohlenlieferungen Deutschlands ermöglichen.

Auf Antrag des preussischen Staatsministeriums will die Reichsregierung sich demnächst mit der Kohlenfrage Deutschlands befassen, da die Gefahr einer Kohlennot für den Winter besteht. Es soll bei der Entente der Antrag auf Ermäßigung der Kohlenlieferungen nach Verlust des westlichsten Teiles von Oberschlesien gestellt werden.

Umbildung des englischen Kabinetts.

London, 4. Juli. Der politische Berichterstatter der Daily Mail meldet, daß eine wichtige Umbildung des Kabinetts geplant werde. Es verlautet, daß die davon betroffenen Mitglieder Lord Curzon, Lord Balfour, der Präsident des Handelsamtes Baldwin, der Staatssekretär des Innern Shortt und der Parlamentssekretär des Schachamtes Mac Curdy seien. Curzons Krankheit sei ernst, als man glaube. Man könne annehmen, daß Balfour das Amt des Staatssekretärs des Außern endgültig übernehmen werde.

Anfragen im Unterhause.

London, 3. Juli. Im Unterhause fragte Kennworthy, ob Poincaré, bevor er London verließ, eine Note an die britische Regierung namens der französischen Regierung unterzeichnet habe, in der er erklärt, daß der Friedensvertrag das Recht habe, im Falle einer Nichterfüllung seitens Deutschlands alle Zwangsmassnahmen zu ergreifen, die Frankreich gegen Deutschland für geeignet halte, ferner ob die britische Regierung diese Note beantwortet habe, und wenn ja, was und welches die Haltung der britischen Regierung zu dieser Forderung sei.

Lord George erklärte: Ueber diesen Gegenstand ist ein Schriftwechsel zwischen den beiden Regierungen ausgetauscht worden. Ich bin vollkommen bereit, die wichtigsten Papiere zu veröffentlichen sobald die Zustimmung der französischen Regierung dazu erreicht ist. Im Verlauf der Unterredung, die ich in London am 19. Juni mit Poincaré hatte, hat dieser die Hoffnung ausgesprochen, daß, wenn weitere Sanktionen angewandt werden müßten, dies gemeinschaftlich geschehen werde.

Wedgwood fragte an, ob dem britischen Volschaster in Berlin, Lord d'Abernon irgendwelche Anweisung gegeben worden sei, hinsichtlich der Haltung, die er einnehmen sollte, falls in Deutschland ein Aufruf von der Art des Rapp-Bundes ausbreiten sollte, der dem Fortbestand der deutschen Republik wahrscheinlich verderblich sein würde.

Lord George antwortete: Wedgwood darf versichert sein, daß der britische Volschaster in Berlin in enger Fühlungnahme mit dem britischen Auswärtigen Amt über alle die britische Regierung interessierenden Dinge steht. Wenn aber eine reaktionäre Bewegung, die den vertraglichen Verpflichtungen Deutschlands feindlich ist, etwa Erfolg haben sollte, so würde dadurch zweifellos eine ernste internationale Lage entstehen, und die Alliierten könnten gegen ein solches Ereignis nicht gleichgültig sein.

Der letzte Flaggenwechsel in Oberschlesien.

Beuthen (O.-S.), 4. Juli. Montag vormittag um 10 Uhr holten die Engländer die drei Fahnen der Alliierten nieder, wobei eine englische Kompanie präsentierte. Darauf wurde die schwarz-rot-goldene Reichsflagge gehißt. Auch hierbei präsentierte die englische Kompanie, während die ausländischen Offiziere Ehrenbezeugungen erwiehen. Die nach vielen Tausenden zählende Menge brach in begeisterte Hochrufe aus. Oberbürgermeister Dr. Stephan richtete an die Bevölkerung eine kurze Ansprache, die in ein Hoch auf das deutsche Vaterland ausklang. Nach dem Gesang des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ grüßte der Vertreter des Landkreises Beuthen die Fahne und brachte ein dreifaches Hoch auf die oberschlesische Heimat aus. Die Mitglieder der interalliierten Kontrollkommission und der Rest der englischen Besatzungstruppen haben die Stadt verlassen. Die Bevölkerung ist in gehobener Stimmung; die Häuser tragen reichen Flaggen Schmuck.

In Gleiwitz wurde der Flaggenwechsel in ähnlicher Weise vollzogen. Interalliierte Truppen waren nicht aufgezogen; an der Feier nahmen nur Vertreter der städtischen Behörden teil. Die Mitglieder der interalliierten Kommission und die letzten Besatzungstruppen verließen nach Uebersgabe der Regierungsgewalt an die deutschen Behörden die Stadt. Unter der Bevölkerung herrscht Jubel.

Zum Anschlag auf Harden.

Berlin. Zum Anschlag auf Harden werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Harden befand sich gegen 8,30 Uhr auf dem Wege zu seiner Wohnung in der Wernerstraße im Grunewald. Auf dem Dachberg in Grunewald wurde er von zwei jungen Leuten angehalten, die mit Gummihüpfeln auf ihn einschlugen. Harden trug dabei fünf schwere Verletzungen davon. Er wurde in bewußtlosem Zustande in seine Villa in der Wernerstraße gebracht. Die Tochter, die ihn in Empfang nahm, eilte sofort zur Polizei, benachrichtigte diese und ließ dann sofort zum

Grunewald-Sanatorium, um von dort ärztliche Hilfe zu holen. Darauf eilte sofort Geheimrat Borchardt in die Villa und verband den Schwerverletzten. Harden befand sich, als der Arzt eintraf, bei vollem Bewußtsein. Die Verfolgung der Täter wurde sofort von der Polizei aufgenommen und zwar wurde ein Bursche mit einem Gummihüpfel aufgegriffen, der vermutlich einer der Täter sein dürfte. Borchardt verweilte bis in die späten Abendstunden am Bette des Schwerverletzten, der infolge des starken Blutverlustes und des dadurch eingetretenen Schwächezustandes die Besinnung wieder verloren hat. Infolgedessen hat ihn Geheimrat Borchardt in seine Klinik überführen lassen.

Berlin, 4. Juli. Die eingehenden Ermittlungen haben bereits zu einer Aufklärung des Anschlags auf Maximilian Harden geführt. In dem Anschlag hat neben dem letztgenannten landwirtschaftlichen Beamten Herbert Weichardt der Oberleutnant a. D., jetzige Kaufmann Walter Anfermann, geb. am 21. April 1898, teilgenommen. Der Letzgenannte hat mit einem sogenannten Totschläger auf den Kopf Hardens eingeschlagen, während Weichardt aufpaßte, um Anfermann vor Ueberraschungen zu sichern. Es ist bereits erwiesen, daß die beiden Attentäter den Anschlag nicht aus eigenem Entschluß ausgeführt haben, sondern daß sie zu dem Attentat von einer hinter ihnen stehenden geheimen Organisation bestimmt worden sind. Anfermann hält sich nach den bisherigen Feststellungen sicher noch in Berlin auf. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 10 000 M. ausgesetzt.

Berlin, 4. Juli. Der Täter, der den Schriftsteller Harden mit einem Totschläger niederhieb, konnte bisher noch nicht gefaßt werden. Das Befinden Hardens ist leiblich und gibt zu Besorgnis keinen Anlaß. Durch operativen Eingriff mußten dem Ueberfallenen mehrere Knochen splitter aus dem Schädel entfernt werden. Der als Mittäter verdächtige Verhaftete Weichardt ist von mehreren Personen mit Bestimmtheit als einer der jungen Leute erkannt worden, die in den letzten Tagen die Lebensgewohnheiten Hardens sorgfältig beobachteten. In seinem Besitz fand man einen gleichen Totschläger wie er beim Attentat auf Harden gebraucht wurde.

Eine Verhaftung zum Rathenau-Mord in Allenstein.

Altenstein, 4. Juli. Nach Mitteilung der Polizeiverwaltung ist gestern auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten ein junger Mann unter dem dringenden Verdacht der Mitwisserschaft an der Ermordung Dr. Rathenaus festgenommen worden. Wie das „Altensteiner Volksbl.“ erfährt, handelt es sich um einen ehemaligen Offizier namens v. Oppen, der jedoch weder in verwandtschaftlicher noch in irgendwelchen anderen Beziehungen zu dem Regierungspräsidenten v. Oppen steht.

Ein Bombenanschlag auf das Mannheimer Volkshaus.

Mannheim, 4. Juli. Ein Bombenanschlag ist gestern abend 9.15 Uhr auf das im Zentrum der Stadt gelegene Volkshaus, dem sogenannten Volkshaus, verübt worden. In der großen Toreinfahrt, die von der Straße in den Hof des großen mehrstöckigen Gebäudes, eines Eckschlusses, führt, wurde eine Bombe zur Explosion gebracht.

Durch die Gewalt der Explosion wurde die eine Außenwand des großen Versammlungsraumes eingedrückt. In dem Saale fand gerade eine Versammlung des Schuhmacherverbandes statt. Der Teilnehmer, die zu etwa Zweidrittel aus Frauen und Mädchen bestanden, bemächtigten sich eine Panik. Sie flüchteten laut schreiend durch die Fenster auf die Straße. Trotz der Schwere der Explosion, deren Knall bis in die Vorstädte vernnehmbar war, hat der Anschlag glücklicherweise kein Todesopfer gefordert. Es wurden nur einige Personen durch Glassplitter verletzt, dagegen ist der Gebäudeschaden sehr groß. Die im Erdgeschoß befindlichen Wirtschafts- und Versammlungsräume sind sehr stark beschädigt. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur. Die Polizei, die mit einem starken Aufgebot an dem Tatort erschien und strenge Vorkehrungen vornahm, hat sofort umfangreiche Ermittlungen eingeleitet. Zahlreiche Schutzpatrouillen streifen die nähere und weitere Umgebung des Tatortes ab. Die Erregung in der Arbeiterschaft über diesen Anschlag ist sehr groß.

Forderungen zum Schutze der Republik.

Berlin, 4. Juli. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Vorstand des Ablandes und die Vorstände der drei sozialistischen Parteien haben folgende Forderungen an die Reichsregierung und den Reichstag beschlossen: